

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.504.550

Wien, am 1. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Peter Wurm hat am 5. Juli 2023 unter der Nr. 15561/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Klimaaktivisten blockierten Verkehr“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wie viele Aktivisten der „Letzten Generation“ wurden während der Aktionswoche in Tirol angezeigt?*

Es wurden 46 Aktivistinnen und Aktivisten angezeigt.

Zur Frage 2:

- *Welche Verwaltungsstrafaten bzw. Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und anderen einschlägigen Gesetzen lagen bzw. liegen bei den Aktionen der „Letzten Generation“ in Tirol vor?*

Es wurden Verwaltungsanzeigen nach dem Versammlungsgesetz, nach der Straßenverkehrsordnung und eine Anzeige gemäß § 176 Strafgesetzbuch erstattet.

Zur Frage 3:

- *Welche Staatsbürgerschaften haben die Aktivisten, die angezeigt wurden?*

Es handelte sich um belgische, deutsche, italienische, luxemburgische und österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Zur Frage 4:

- *Wie viele Aktivisten waren an den Aktionen beteiligt?*

Es fanden insgesamt 12 Aktionen mit 136 Teilnehmern statt, wobei angemerkt wird, dass einzelne Aktivisten an mehreren Aktionen teilgenommen haben.

Zur Frage 5:

- *Wurden diese Aktionen im Vorhinein gegenüber der Öffentlichkeit bzw. den Sicherheitsbehörden angekündigt?*
 - a. *Wenn ja, warum werde diese nicht verhindert oder untersagt?*

Die Versammlungen wurden vorab nicht angekündigt bzw. angezeigt.

Zur Frage 6:

- *Wie lange kam es aufgrund der Aktionen zu Verkehrsbehinderungen?*

Die Aktionen dauerten in der Regel kürzer als zwei Stunden.

Zur Frage 7:

- *Werden die Organisation „Letzte Generation“ und ihre Aktivitäten im Bundesland sicherheitsbehördlich beobachtet?*
 - a. *Wenn ja, welche bisherigen Ergebnisse ergaben diese Beobachtungen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Aus polizeitaktischen Gründen muss von der Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden. Die öffentliche Bekanntgabe von derartig detaillierten Informationen könnte die künftige Aufgabenerfüllung der Staatsschutzbehörden gefährden und äußerer und inneren Sicherheitsinteressen der Republik Österreich zuwiderlaufen.

Gerhard Karner

